



Franz-Reinhard Habel

# Die Stadt ist das Medium



Städte sind Orte der Kommunikation und seit Menschengedenken tauschen sich die Menschen in privaten und öffentlichen Räumen aus. Insbesondere durch das Internet haben sich die Raumstrukturen immer weiter ausgedehnt. Der Austausch ist nicht mehr an physische Orte gebunden, denn in den tendenziell weitgehend grenzenlosen Kommunikationsräumen erweitern sich auch die Interaktionsmöglichkeiten. Die Öffentlichkeit wird multimedial, multilingual und multiperspektivisch, wobei diese Entwicklung durch die Globalisierung und die Digitalisierung verstärkt wird. Noch nie hatte der Einzelne einen so breiten Zugang zu Informationen wie heute. Kommunikation macht frei, die Zivilgesellschaft gewinnt an Fahrt. Das bedeutet, dass Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sich neu austarieren müssen.

Es geht um die Fragen „Wer macht künftig was?“, „Wie wollen wir in Zukunft leben?“, „Wer gibt den Takt vor?“ und „Wie weit kann Selbstorganisation gehen?“. Neue Technologien, Dezentralität und Subsidiarität, bedingen sich und verstärken sich gegenseitig.

## Digitalisierung verändert alles

Mit großen Schritten verändert insbesondere die Digitalisierung die Kommunikation in Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Neue Instrumente wie Smartphones und neue Formate wie soziale Netzwerke vereinfachen den Dialog zwischen Kommunikationspartnern.

Das Smartphone ist zur Fernbedienung der Welt geworden. Mehr als 40 Millionen Smartphones gibt es mittlerweile in Deutschland – die Tendenz ist weiter steigend. Damit verfügen die Nutzer nicht nur über ein Telefon, sondern über einen vollständigen Computer mit allen Merkmalen der mobilen Kommunikation. Es sind **fünf Elemente**, die in der Verknüpfung und gleichzeitigen Nutzung neue Möglichkeiten mit sich bringen, Ereignisse zu beschreiben und sie damit kommunikativ zu machen oder Ereignisse in gewisser Weise auch vorherzusagen. Es sind dies die Elemente: **Inhalt, Personalisierung, Ortsbezug, Zeit und Geschwindigkeit**. Die Kombinationsmöglichkeiten damit sind nahezu unendlich. Durch das ständige Tragen von elektronischen Uhren (Smart-Watch), elektronischen Armbändern oder Smartphones werden Menschen Teil des Internet of Everything. iBeacon heißt die nächste Stufe der Entwicklung, die eine direkte Kontaktaufnahme zwischen Gegenständen und Nutzer ermöglicht. Die Dinge beginnen „zu sprechen“ und erklären sich beispielsweise selbst, was ihren Nutzen, ihren Einsatz oder ihre Betriebsanleitung angeht.

### Umfassender Umbruch der Medienlandschaft

Kein Stein bleibt auf dem anderen. Das hat nicht nur gravierende Auswirkungen auf die Medienwirtschaft, sondern

auf die gesamte Gesellschaft einschließlich der Politik. Die fortschreitende Digitalisierung der Gesellschaft und der Wirtschaft verändert auch die Zeitungslandschaft. Das gilt besonders auch für die Lokal- und Regionalzeitungen. Immer mehr junge Menschen lesen inzwischen so gut wie keine Tageszeitungen mehr. Sie informieren sich anders, über das Netz, über ihre Peer-Group in sozialen Netzwerken.

Der Markt reagiert durch die Zusammenlegungen von Redaktionen, um Kosten zu sparen, bei immer mehr Zeitungen geht es inzwischen um die Existenz. Aber es entwickelt sich auch etwas Neues: Digitale Bürgerzeitungen kommen durch Engagement einzelner Bürgerinnen und Bürger bzw. Organisationen auf den lokalen und regionalen Markt, sie ergänzen die konventionelle Berichterstattung in Städten, Kreisen und Gemeinden. Netzwerke bilden sich, mehr Möglichkeiten zur Teilhabe und zum Mitmachen werden eingefordert. Kurzum: Wir sind mitten in einem rasanten Wandel, auf den sich Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung frühzeitig einlassen müssen.

Fernsehen, Rundfunk und Zeitungen sind nicht mehr die einzigen Umschlagplätze von Informationen und Nachrichten. Und die Bürger sind nicht mehr nur Empfänger, die Kommune ist nicht mehr der alleinige Initiator von Politik, eine offene wertschätzende Kommunikation macht die Akteure zu Partnern, auch wenn gegensätzliche Interessen im Raum stehen. Selbstvertrauen, Selbstorganisation und Selbsthandeln des Einzelnen werden dadurch gestärkt. Das hat große Auswirkungen auch auf die Städte und Gemeinden. Ideen der Menschen vor Ort finden Mitstreiter, Konzepte, Unterstützer und Protagonisten sowie Mobilisierer. Die Politik wird vitalisiert.

### Veränderte Lebenswelt stellt Teilen in den Vordergrund

Neue Kommunikationsapparate und -formen verändern die Lebenswelt der Menschen. Noch nie war es so einfach, an Informationen heranzukommen und miteinander in Kontakt zu



treten. Immer mehr Plattformen entstehen im Netz, die Menschen für Informationen und Kommunikation aber auch zum Teilen von Dingen nutzen. Das fängt beim Car-Sharing an und hört bei der zeitweiligen Überlassung von Wohnungen noch nicht auf. Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung und Effizienz sind hier neben dem Eigennutz wichtige Argumente. Teilen statt Besitzen ist die neue Philosophie dieser Sharing-Economy. Sie wird sich ausweiten, ja weiterentwickeln, indem nicht nur Dinge gemeinsam genutzt werden, sondern künftig auch Potenziale unterschiedlichster Art zusammengeführt werden und dadurch Neues entsteht. Die Unterschiede sind es, die zu einer neuen Art von Zusammenarbeit beitragen. „Make Different“ greift Chancen auf.



Abb. 1: Immer mehr junge Menschen lesen inzwischen so gut wie keine Tageszeitungen mehr (Foto: Annick Rietz)

## Digitalisierung verändert den öffentlichen Raum

Der öffentliche Raum gehört allen. Immer mehr Menschen nehmen ihn in Besitz. Wege, Parks und Plätze erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Den öffentlichen Raum für die Begegnung der Menschen attraktiv zu machen, zu erhalten und zu gestalten ist eine wichtige Aufgabe auch der Kommunalpolitik. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger verstehen sich inzwischen auch als Koproduzenten der Verwaltung, indem sie sich freiwillig engagieren und zur Gestaltung öffentlicher Flächen beitragen. Sie übernehmen Verantwortung. Ihr Slogan heißt: „Wir sind die Stadt“. Urban Gardening ist so ein Beispiel. Nicht nur in Großstädten gibt es solche Aktivitäten zur Eroberung des öffentlichen Raums, das gilt auch für Mittelstädte wie die Stadt Andernach in Rheinland-Pfalz. Das Projekt „Essbare Stadt“ hat sie inzwischen weltweit bekannt gemacht.

Das Interesse an einer stärkeren Nutzung des öffentlichen Raums ist auch eine Folge zunehmender Kommunikationsmöglichkeiten durch die Digitalisierung. Menschen verabreden sich spontan zu Treffen oder gemeinsamen Aktionen. Noch nie war es so leicht, sich mittels Smartphone zu organisieren. In dieser Selbstorganisation liegen große Chancen für die Städte und Gemeinden. Lokale Handlungsmöglichkeiten

der Bürgerinnen und Bürger mit weltweitem Wissen oder Kontakten zu verknüpfen ist eine große Chance für die Stadt und die Region.

Auch die Ausstattung der öffentlichen Räume mit Infrastruktur ist dem digitalen Wandel unterworfen. Die Zahl der elektronischen Informationstafeln auf der Basis von Displays nimmt überall zu. Experten sprechen von Digital Signage. Was vor 150 Jahren die Litfaßsäulen waren, sind heute die Displays. Sie informieren über Produkte und Dienstleistungen jedweder Art, werden aber auch verstärkt für städtische Informationen genutzt. Der Vielfalt können aber auch Grenzen der Wahrnehmung und Überforderung entgegenstehen. Nicht gewünscht ist eine „digitale Umweltverschmutzung“ durch einen Wildwuchs von Displays. Notwendig ist hier eine verstärkte Kooperation insbesondere der Informationsanbieter. Inwieweit Gestaltungssatzungen in den Kommunen auf diese Entwicklung reagieren müssen, bleibt abzuwarten. Die Anwendungsfelder öffentlicher Displays gehen vom Tourismus, über Veranstaltungen (Public Viewing) bis hin zu Informationen aus dem Rathaus.

## Stadtentwicklung 2.0 – Bürger wollen mitplanen

Integrierte Stadtentwicklung ist und bleibt das zentrale Thema in den Kommunen. Neue It-gestützte Verfahren und Anwendungen sowie die zunehmende Vernetzung machen es möglich, einen ganzheitlichen Entwicklungsansatz zu verfolgen. Aus Verwaltungssilos müssen Netzwerke werden um diesen Anspruch genügend Rechnung zu tragen. Stadtentwicklung 2.0 bezieht frühzeitig die Bürgerinnen und Bürger schon bei den ersten Ideen und Skizzen mit ein. Ihre Daseinsbewältigungskompetenz ist die beste Expertise, die Stadt mitzugestalten. Das gilt besonders in Zeiten des demografischen Wandels. Neue Lebensformen bringen neue Wohnungsformen mit sich. Die notwendige Modernisierung des öffentlichen Wohnungsbestandes sollte daher zum Anlass genommen werden, hier nicht nur die Gebäudesanierung bzw. die Einsparung von Energie in den Vordergrund zu stellen, sondern auch die Quartierentwicklung mit anzugehen.

Neben Wohn- und Arbeitsorten etablieren sich in verstärktem Maße die sog. Third-Places. Das sind Aufenthaltsorte der Menschen im Stadtraum oder auf dem Land, die alles das umfassen, was nicht klassischer Wohnort oder Arbeitsort ist, wobei sich allerdings die Funktionen zunehmend überlappen. Wer künftig mit dem Smartphone diktiert, braucht eine ruhige Umgebung. Auf dem Bürgersteig ist das sicherlich nicht möglich. Vielleicht entstehen künftig sog. „Sprechboxen“, ähnlich wie die alten geschlossenen Telefonzellen, in den Menschen ihr „Ich-Büro“ temporär aufschlagen. Etwas Ähnliches gibt es im Bahnhof Brüssel-Nord. Dort gibt es einen Fixpunkt für Smartphone-Worker.



### Städte müssen freie WLAN-Zonen werden

Die Lebensqualität in der Kommune und die Prosperität für den Standort hängen auch von der Qualität der Kommunikationsverbindungen ab. Das Breitband ist eine der zentralen Infrastrukturen der heutigen Zeit. Was im vergangenen Jahrhundert Straßen, Wege, Strom, Wasser und Energie waren, ist im 21. Jahrhundert die Breitbandkommunikation. Die Attraktivität einer Kommune hängt auch vom kommunikativen Ambiente ab. Wenn Menschen zusammenkommen, wollen sie untereinander kommunizieren. Die Städte und Gemeinden sind deshalb gut beraten, freie WLAN-Zonen beziehungsweise Hotspots einzurichten. Erfahrungen in ausländischen Städten zeigen, dass diese an Attraktivität gewinnen. Ausländische Geschäftspartner können so zum Beispiel schnell und unkompliziert ohne Mobilfunkvertrag das Internet nutzen. Menschen können sich in Cafés treffen und haben direkt schnellen Zugang zum Internet.



Abb. 2: Fernsehen, Rundfunk und Zeitungen sind nicht mehr die einzigen Umschlagplätze von Informationen und Nachrichten (Foto: Jürgen Bitter)

### Kommunalverwaltungen müssen ihre Binnenkommunikation ändern

Für die Kommunen sind diese Veränderungen Chance und Herausforderung zugleich. Aus der Öffentlichkeitsarbeit wird Kommunikationsarbeit. Noch gibt es sie nicht, die Dezernate für Kommunikation, aber wenn sie dann da sind, werden sie zum Hotspot kommunaler Gestaltungsarbeit. Medienarbeit in umfassendem Sinne wird durch die vollständige Öffnung der Black-Box Verwaltung, die Sicherstellung von Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürger, mit Politik, Wirtschaft und Verwaltung sowie mit weiteren Experten zum Motor einer neuen Kommunalpolitik. Sie findet ihren Einsatz insbesondere in der Potenzialentdeckung und Nutzung im Bereich der Zivilgesellschaft, dem Aufbau von Netzwerken und Ermöglichung von Ko-Produktion durch Bürgerinnen und Bürger. Innerhalb von Verwaltungen sind Dezernate für Kommunikation das Scharnier zwischen Ämtern und Abteilungen.

Die durch die Vernetzung entstehende Ausweitung des politischen Raumes erfordert ein neues Rollenverständnis der

Kommune im Netzwerk Stadt. Ihre Aufgabe ist es u.a. die für die Nutzung der sozialen Intelligenz der Bürger notwendigen Kommunikationsplattformen zur Verfügung zu stellen. Das bedeutet die Schaffung sog. Ermöglichungsräume für die Begegnung der Bürger sowohl in der realen als auch in der virtuellen Welt. Eine solche neue Rolle verlangt auch nach anderen Berufsbildern in der Kommunalverwaltung, wie etwa ein Beziehungsmanager, Wandelgestalter und Potenzialentdecker. Sie unterstützen diesen Prozess, woraus sich eine neue Zusammenarbeit zwischen Kommune, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ergibt. Städte können aktiv zur Belebung der Kommunikation Beiträge leisten, indem sie Open Data vorantreiben und Daten der Verwaltung der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen, freie WLAN-Zonen schaffen, Beteiligungsportale aufbauen oder unterstützen, Sitzungen der Gremien im Internet streamen und in der Darstellung von Kommunalpolitik verstärkt auf Audio und Video setzen.

### Open Data stärkt die Bürgergesellschaft

Open Data in Kommunen ist ein wichtiger Schlüssel der Bürgergesellschaft, denn Städte können nur großartig sein, wenn sie auch offen sind. Offenheit fördert die Kreativität, den sozialen Zusammenhalt und das Zusammenleben der Menschen. Offenheit stärkt auch die Prosperität, die Wirtschaft findet in einer offenen Stadt ein kommunikatives Ambiente.

Kommune ist Kommunikation – Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik sind Teil des Netzwerkes Stadt. Auch sie müssen offen sein. Open Data ist ein Kernbestandteil modernen Regierens, und es ist Teil von Open Government. Dahinter steckt, Daten der Verwaltung und der Politik öffentlich frei zugänglich und nutzbar zu machen. Die Dimensionen lassen sich aus den zehn Open-Data-Prinzipien der Sunlight Foundation ableiten. Dies sind u. a. die Maschinenlesbarkeit von Daten und dass das Format der Datensätze offen und frei nutzbar ist, sie grundsätzlich keiner beschränkten Lizenz unterliegen, ohne Kosten zugänglich und beliebig benutzt und weiterverwendet werden können. Bezogen auf Daten aus Politik und Verwaltung handelt es sich hier nicht nur um elektronische Daten aus den administrativem Fachverfahren, sondern auch um Produkte von Parlamenten oder Ausschüssen sowie Verträge.

Open Data ist ein wesentlicher Baustein eines digitalen Gemeinwesens. Im digitalen Zeitalter sind Daten eine wichtige Ressource, vielleicht später einmal wichtiger als Kapital. In einer zunehmend dynamischer werdenden Welt schaffen sie neues Wissen und stärken die Handlungsfähigkeit des Einzelnen. Sie stärken aber auch die lokale Demokratie, da die Bürgerinnen und Bürger sich ein besseres Bild über die Stadt und deren Potenziale machen können. Wer mitmachen und mitentscheiden will, ist auf Informationen angewiesen. Open Data ist eine wichtige Grundlage für mehr Partizipation – ohne Open Data keine Bürgergesellschaft. Für die Kommunalverwaltung und die Kommunalpolitik ist damit ein Wechsel des Betriebssystems verbunden. Sie eröffnen der Bürgerschaft



neue Möglichkeiten der Gestaltung. Die Standardeinstellung in der Kommunalverwaltung heißt nicht mehr „Verschlossen“, sondern „Offen“.

Auch in der Zivilgesellschaft nimmt das Thema Open Data Fahrt auf. So unterstützt der DStGB das Projekt Code for Germany der Open Knowledge Foundation Deutschland. Code for Germany vernetzt Entwickler, Designer und Open-Data-Interessierte in ganz Deutschland. In mehreren Städten wurden inzwischen sog. Open Knowledge Labs gegründet. Die Labs treffen sich regelmäßig zum gemeinsamen Arbeiten und tauschen sich mit Vertretern der jeweiligen Stadt aus. Ziel des Projektes ist es, die Anwendungen offener Daten zu fördern und dadurch Entwicklungen im Bereich Open Data weiter voranzutreiben.<sup>1</sup>

Eine Reihe von Landkreisen, Städten und Gemeinden hat damit begonnen, über eine Öffnung ihrer Datenbestände nachzudenken oder setzt bereits entsprechende Konzepte um. Insgesamt besteht aber erheblicher Informations- und Handlungsbedarf, damit Kommunen auf etwaige Anfragen von Bürgern, Zivilgesellschaft oder Wirtschaft vorbereitet sind und reagieren können. Um dies sicherzustellen, haben der Deutsche Städte- und Gemeindebund, die KGSt und VITAKO ein Positionspapier herausgebracht um Anregungen und konkrete Hilfestellungen zu geben, sich über das Thema Open Data zu informieren und es systematisch zu erschließen.



Abb. 3: Es gibt sie noch: Kommunikationsräume im öffentlichen Raum (Foto: Stadt Herford)

Das Positionspapier beschreibt die Chancen und den möglichen Nutzen von Open Data und geht auf die notwendigen Veränderungen in der Verwaltungskultur ein. Außerdem werden die rechtlichen Grundlagen beschrieben und konkrete Empfehlungen zur Vorgehensweise bei der Bereitstellung von Datenbeständen gemacht. Die Herausgeber des Papiers plädieren für Gelassenheit. Es geht nicht um eine Revolution, auch um keinen Ersatz für die repräsentative Demokratie, es geht um die Stärkung der Kommunen hin zur Bürgergesellschaft. Die Kommunen sind es, die den Rahmen für mehr Lebensqualität der Menschen und für eine bessere Standortat-

traktivität schaffen. Wie wir in Zukunft leben, arbeiten und uns organisieren wollen, wird hier entschieden.

## Bibliotheken werden zu Wissensorten

Bibliotheken sind nicht nur ein Depot für Bücher, sondern weit mehr. Sie sind Orte der Begegnung, des Austausches und Kristallisationspunkt für die Entstehung neuen Wissens. In der Stadtentwicklung nehmen sie eine besondere Rolle ein. Wie sieht eine Bibliothek im Zeitalter der Digitalisierung aus? Wo ist der beste Standort? Was ist mit den Öffnungszeiten? Welche Rolle spielt das Internet – vor allen Dingen E-Books? Ist nicht die ganze Stadt Bibliothek und gleichzeitig Lernort? Sind Bücherboxen Satelliten der Bibliotheken und bringen beispielsweise auch thematisches Wissen in die Fläche?

Im Ergebnis stellte sich die überragende Bedeutung der Bibliotheken für die Stadtentwicklung heraus. Sie ist die Schnittstelle zwischen globalem und lokalem/regionalem Wissen und als physischer Ort auch in der digitalen Welt unverzichtbar. Gleichwohl müssen sich die Raumstrukturen der Gebäude neuen Kommunikationsformen anpassen. Notwendig ist insbesondere ein kommunikatives Ambiente, das Begegnung und Kreativität fördert. Co-Working-Spaces als Teil neuer Bibliotheken sind ebenso denkbar wie Bürgerämter. Auch die Zivilgesellschaft ist Teil einer neuen Bibliothekslandschaft. Plattformen, wie beispielsweise das digitale Stadtgedächtnis in Coburg, erweitern und demokratisieren nicht zuletzt die Wissensinfrastruktur. „Bürger schaffen ihre lokale Bibliothek selber“, könnte daher ein Slogan für die Bürgergesellschaft sein. Für die Stadt bedeutet dies, neue Partnerschaften auch mit den Bürgern einzugehen.

Auch die Neuausrichtung von Bibliotheken zu Treffpunkten für Bildung, Arbeit und Freizeit ist eine Chance, Kreativität, Solidarität, Diskurse und gemeinsames Tun zu fördern. In digitalen Werkräumen, integriert in ein Bibliotheksgelände, finden zum Beispiel Start-ups erste Arbeitsmöglichkeiten, und Co-Working-Spaces könnten sich steigender Beliebtheit erfreuen.

## Fazit

Medienarbeit im klassischen Sinne verändert sich. Journalisten, Redakteure, Verleger, Medienhäuser, Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger sind davon betroffen. In Teilbereichen werden sie neu zueinander finden. Die gesamte Stadt wird zum Medium. Damit sind große Chancen einer aktiven Bürgergesellschaft verbunden. Offener Zugang zum Internet, Netzneutralität, Medienkompetenz, Datenschutz und Datensicherheit bekommen überragende Bedeutung. Die Stadt der Zukunft wird smart sein. Wobei smart heißen wird: **Sozialkapital**, **Menschen**, **Achtsamkeit**, **Respekt**, **Toleranz**.

Franz-Reinhard Habel

Direktor für politische Grundsatzfragen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes – DStGB, Berlin

<sup>1</sup> Informationen hierzu unter <http://codefor.de>